

NEUESTE NACHRICHTEN

Dienstag, 14. Februar 2012

Badische Presse

67. Jahrgang · Nr. 37 · Ausgabe Karlsruhe

Die Meinung der Leser • Die Meinung der Leser

Entsorgte Verantwortung

Zu „Mehr als drei Risiken sind für Philippsburg nicht tolerierbar“ vom 20. Januar

Das Wort „Entsorgungskonzept“ beinhaltet die Silbe -ent – das heißt soviel wie „weg“, „fort“, „ich bin die Sorge los“. Bleibt das Verb „sorgen“ – das heißt wiederum „ich kümmere mich“, „sorge mich darum“ und Konzept heißt „ich übernehme Verantwortung“, „ich habe einen Plan“. Vor 40 Jahren wäre der Atomkraftwerksbau am Widerstand der Bevölkerung gescheitert, wäre die Lagerung des hochgiftigen Atomabfalls am gleichen Ort gewesen.

Deshalb erfanden die Betreiber an den Betriebsstandorten und die jeweiligen Regierungen, alle Parteien, außer den Grünen, die Geschichten vom billigen und sauberen Atomstrom. Die Lagerorte des hochgiftigen strahlenden Abfalls, wurden mit der geballten Staatsmacht durchgesetzt.

Niemand will diese strahlenden Abfälle vor seiner Haustür, auch ich nicht. Nach 40 Jahren Betrieb ohne Konzept rächt sich jetzt die „entsorgte Verantwortung“ und jetzt soll der

„Schwarze Peter“ der rot-grünen Landesregierung und Greenpeace zugeschoben werden, wahrhaftig ein Bubenstück!

Jahrzehntelang wurde aufs falsche Pferd gesetzt, bis 2022 fallen nochmals Unmengen an strahlendem Abfall an, fließen weiterhin Steuergelder in die Atomforschung der dritten und vierten Generation Atommeiler.

Hoffentlich wird nicht weiterhin die bisher ungewollte Energiewende/Forschung blockiert, oder nur schlecht gemacht von den bisherigen Atombefürwortern oder Nachbetern, die selbst den Atommüll nicht haben wollen, aber sich nicht daran stören, solange er nur woanders ist. Ich für meinen Teil wünsche mir einfach einen von allen Seiten fairen und ehrlichen Umgang mit dem Scherbenhaufen, vor dem die Bevölkerung jetzt steht, und dass nicht jeder, der protestiert, als Wutbürger, Faktenignorant oder Meinungsgeißt bezeichnet wird.

Brigitte Schilli
Blumenstraße 8
Eggenstein-Leopoldshafen

Woher der Sinneswandel?

Zu „Mehr als drei Risiken sind für Philippsburg nicht tolerierbar“ vom 20. Januar

Das Bemühen von Bürgermeister Stefan Martus „Abfälle aus der Wiederaufbereitung oder anderer Kernkraftwerke dürfen nicht nach Philippsburg verbracht werden“ ist nur zu unterstützen.

Mehr Sorgen macht mir die Absicht der Bundesregierung alle Zwischenlager an den Kernkraftwerksstandorten so baulich zu verstärken dass sie eventuellen Terrorangriffen oder Flugzeugabstürzen standhalten können. Wo kommt eigentlich der plötzliche Sinneswandel her? Als Aktiver bei der Bürgerinitiative gegen den Bau eines Zwischenlagers haben wir bei dem Anhörungsverfahren für die Genehmigung zum Bau eines Zwischenlagers auf die Problematik von Terror und Flugzeugen hingewiesen. Diese Bedenken wurden damals ins

Lächerliche gezogen und bei der Bewertung der Sicherheit des Zwischenlagers nicht berücksichtigt. Somit stellt sich mir die Frage, wo kommt der plötzliche Sinneswandel her?

Antwort: Terror und Flugzeugabsturz werden vorgeschoben. Dahinter steht der Gedanke der möglichen Endlagerung von Atommüll an den Atomkraftwerken, da die Suche oder der Bau einer Endlagerstätte politisch kaum durchsetzbar ist, weil keine Region in Deutschland ein Endlager will. Im Artikel vom 20. Januar, steht dass Philippsburg in Ermangelung anderer Optionen zu einer Art Endlager werden könnte, und genau mit diesen geplanten baulichen Verstärkungen der Außenmauern des Zwischenlagers ist der Weg zum Endlager noch offener.

Karlheinz Kohler
Goldwäscherstraße 3
Philippsburg

Was nützen die Grenzwerte?

Zur Diskussion um Institut für Transurane und „Ärger im Hardtwald“ vom 3. Februar:

Es geht nicht darum, ob im ITU (beim Gelände des KIT Campus Nord) Forschung im nuklear-medizinischen Bereich, an der atomaren Sicherheitstechnik oder an der Lagerung radioaktiven Abfalls betrieben wird – da waren

sich alle Beteiligten einig. Es geht darum, dass die EU und deren Handlanger im atomaren Bereich im ITU an Brennstoffen für die vierte Generation von Atomkraftwerken forschen wollen und dass dafür enorme Mengen an höchstgefährlichen radioaktiven Materialien verwendet werden sollen. Es geht darum, dass es aufgrund dieser Forschungen zu zusätzlichen Emissionen in Wasser, Luft und Boden kommen wird, die zum Beispiel Krebs auslösen. Und es geht darum, dass regelmäßig über unsere Straßen diese hochgefährlichen Substanzen von A nach B transportiert werden müssen und darum, dass es keinen funktionierenden Katastrophenplan gibt, der im Falle eines Falles die Betroffenen sicher versorgt.

Was nützen uns im Hardtwald Grenzwerte, wenn schon ein einziges in den Körper gelangtes Plutoniumteilchen Krebs verursacht?

Wolfgang Oberacker
Gellertstraße 12
Eggenstein-Leopoldshafen

Wir bitten die Einsender von Leserbriefen, ihre Telefonnummer anzugeben. Es stellt sich immer wieder heraus, dass Rückfragen erforderlich werden, die mit einem Telefonanruf geklärt werden können. Bei dieser Gelegenheit weisen wir darauf hin, dass Leserbriefe kurz gehalten werden sollen, um möglichst vielen Lesern Gelegenheit zu geben, ihre Meinung zu äußern. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzung vor. Leserbriefe spiegeln die Meinung der Einsender wider, nicht die der Redaktion.
Die Redaktion

Neuer Atomstreit im Hardtwald?

Ehemalige Wiederaufarbeitungsanlage prüft Zwischenlager-Erweiterung für Atommüll

Von unserem Redaktionsmitglied
Matthias Kuld

Linkenheim-Hochstetten. Im Hardtwald nördlich von Karlsruhe steht eine neue Atomdiskussion an. Die ehemalige Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK) prüft den Ausbau eines Zwischenlagers für schwach- und mittelradioaktive Stoffe. Das könnte auf Gemarkung Linkenheim-Hochstetten stattfinden.

ITU, WAK – um was geht es eigentlich genau im Hardtwald?

Es handelt sich um eine schwierige Gemengelage. Das ITU konnte nach einer intensiven Mediation seinen Neubau durchsetzen – allerdings mit reduzierten Mengen nuklearen Materials. Die Gemeinde erklärte sich daraufhin sinngemäß bereit, einen aufgestellten Bebauungsplan so abzuändern, dass das ITU bauen kann. Allerdings will die Gemeinde die eigene Gemarkung im KIT Campus Nord so überplanen, dass dort nach dem Rückbau der WAK keine atomaren Einrichtungen mehr stehen. Das könnte nach den WAK-Überlegungen schwierig werden.

Was hat die WAK vor?

Die WAK ist an zwei Standorten auf dem KIT-

Gelände. Auf Gemarkung Eggenstein steht das Zwischenlager für die genannten Atomabfälle. Auf Gemarkung Linkenheim findet sich die eigentliche Anlage, die zurückgebaut wird. Der dabei anfallende Atommüll kommt in das Zwischenlager und soll im Schacht Konrad bei Salzgitter endgelagert werden. Der steht aber „nicht vor 2019“ zur Verfügung. Das Zwischenlager ist zu über 80 Prozent ausgelastet. Platz könnte knapp werden. Von der WAK wurde bestätigt, dass es Überlegungen gebe, das Zwischenlager auszubauen. Dies könne dortselbst geschehen, wobei der Platz knapp ist, oder auf dem Gelände der Anlage an sich. Beschlossen oder beantragt ist noch gar nichts.

Um welchen Atommüll geht es genau?

Ausschließlich um den, der beim Rückbau der WAK entsteht – also nichts von außerhalb. Die WAK-Verantwortlichen betonen auch, dass eine Unterbrechung des Rückbaus wegen der Lagerproblematik keine Option ist.

Wie ist Linkenheim positioniert?

Die Gemeinde ist nur dann betroffen, wenn es

um das Gelände der Anlage geht. Der noch nicht beschlossene Bebauungsplan sieht nach dem Rückbau der WAK die Möglichkeit einer Hotelanlage vor. Die Gemeinde will eine solche Zwischenlagererweiterung an dieser Stelle eigentlich vermeiden – gerade nach der ITU-Mediation. In dieser Frage bekam sie einiges zugestanden und hat auch die eigene ursprüngliche Position aufgeweicht. Mit dem Bebauungsplan sollte das Thema abgeschlossen werden.

Gibt es einen Ausweg oder droht richtiger Ärger?

Das werden die nächsten Wochen zeigen. Der Bürgermeister sagt, man sei davon ausgegangen, dass in einem Dutzend Jahre die WAK weg ist und es dort eine grüne Wiese gibt. Käme die Zwischenlager-Erweiterung dorthin, wären alle Planungsüberlegungen auf längere Sicht hinfällig. Das Planungsrecht liegt bei der Gemeinde. Drückt sie den Bebauungsplan durch, stehen langwierige und komplexe Rechtsstreitigkeiten an. Dann kommt auch wieder der ITU-Neubau auf die Tagesordnung.



Fragen
und Antworten

Freitag, 20. Januar 2012

AUS DER REGION

Mehr als drei Risiken sind für Philippsburg „nicht tolerierbar“

Die städtische Resolution gegen Zwischenlagerung nicht vom Standort stammender Brennelemente kommt in den Kreistag

Philippsburg (kdm). „Wir als Standortkommunen werden nicht alles mit uns machen lassen.“ An der Position der Stadt lässt Stefan Martus, Bürgermeister von Philippsburg, keine Zweifel aufkommen: „Abfälle aus der Wiederaufbereitung und/oder von anderen Kernkraftwerkstandorten dürfen im Standortzwischenlager in Philippsburg nicht aufgenommen werden.“ Eine entsprechende Resolution hatte zuvor der Gemeinderat einstimmig beschlossen (die BNN berichteten). Auf die gleiche einmütige Zustimmung hofft Philippsburg, wenn sich am 2. Februar der Kreistag mit der Resolution beschäftigt.

Die Stimmen der meisten Fraktionen – bei den Grünen muss man noch ein Fragezeichen machen – dürften dem Papier gewiss sein. Ein klares Signal dafür gab es bereits von der CDU-Kreistagsfraktion, die bei einem Vor-

Ort-Termin, angeregt von Kreisrat Frank Hörter, das Zwischenlager auf dem Kernkraftwerksgelände in Augenschein nahm. Zustimmung erhielt die Resolution von den umliegenden Gemeinden. „Wir wollen möglichst viele mit ins Boot holen“, so Martus. Position bezog auch Landrat Christoph Schnaudigel in einer Pressemitteilung: Eine Zwischenlagerung von Brennelementen aus anderen Kernkraftwerken sei mit der gültigen Rechtslage nicht vereinbar. Es dürfen laut Betriebslaubnis in Philippsburg ausschließlich abgebrannte Brennelemente, die „aus dem Betrieb am Standort stammen“, für maximal 40 Jahre aufbewahrt werden. Greenpeace hingegen schlug

vor, auch andere Brennelemente in Philippsburg zwischenzulagern, um sich den langen Weg nach Gorleben zu sparen. Gleichzeitig übte die Umweltschutzorganisation Kritik an der Landesregierung, die vor der Wahl angekündigt hätte, sich für

eine Zwischenlagerung von Atommüll aus Frankreich im „Südwesten“ einzusetzen. Wen das treffen würde? Philipps-

burg. Der Gemeinde und ihren umliegenden Nachbarn stinkt es aber allmählich gewaltig. Als die Kernenergie in Deutschland eingeführt worden sei, erinnert Martus, habe es die Vereinbarung gegeben, Risiken aufzuteilen: hier die Produktion, dort, an einem anderen Standort, die Lagerung des hoch radioaktiven Mate-

rials. 2000 weichte die rot-grüne Bundesregierung die Vereinbarung auf. Zwischenlager, wie später 2007 in Philippsburg in Betrieb genommen, wurden Teil des Entsorgungskonzeptes. Seitdem, heißt es in der Resolution weiter, werden am Kraftwerkstandort gleich drei Risiken getragen: die Produktion in Block II, die Nachbetriebsphase in Block I und das Zwischenlager mit Platz für 152 Castoren – „eine Erweiterung dieser Risiken ist nicht tolerierbar“.

Längst breitgemacht hat sich die Befürchtung, dass Philippsburg in Ermangelung anderer Optionen zu einer Art Endlager werden könne. „Das wäre dann der nächste Schritt. Klar haben wir Angst davor“, befand nicht nur der Dettenheimer Bürgermeister, Lothar Hiltenbrand. Bei einer weiteren Aufweichung der Betriebslaubnis kündigte Martus für seine Gemeinde „zivilen Widerstand“ an.

Bürgermeister Martus
spricht von „zivilem Widerstand“